



Bündnis 90 / Die Grünen Bersenbrück



Fraktion im Stadtrat Bersenbrück

Elisabeth Middelschulte - Fraktionssprecherin Stadtrat
Bersenbrück Tel. 05439-1388

Bahnhofstr. 17 49593

Stellungnahme der Grünen Fraktion zum Haushalt 2016 im **Stadtrat am 9. März 2016**

Lassen Sie mich mit meinem Fazit zum Haushaltsplan dieses Jahres beginnen:

Wir Grüne meinen: Wir als Bersenbrück können das besser – und wir müssen es besser können!

Dieser Haushalt ist, wie grundsätzlich jeder Haushalt, Ausdruck der Steuerkraft der Stadt. Er ist Ausdruck der aktuellen finanz- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Regierenden und Ausdruck der Politik der letzten Jahre. Es ist außerdem ein Blick in die Zukunft. Was erwartet Bersenbrück? Zum Beispiel bis 2019 ein rekordverdächtiger Anstieg der Verschuldung um 25%.

Bersenbrück hält in der Samtgemeinde einen Spitzenplatz, aber leider beim Schuldenstand und der daraus resultierenden Pro-Kopf-Verschuldung. Kann sich Bersenbrück diesen Schuldenstand leisten?

Wir Grüne sind lernfähig. Wir hören zu und lesen Zeitung. Wir lernen zum Beispiel von Herrn Uphoff. Herr Uphoff weist in der Samtgemeinde immer wieder auf eine Zahl hin: auf den Finanzmittelfehlbedarf. Und er äußert sich bei einem hohen Fehlbedarf höchst besorgt.

Wie ist es in Bersenbrück um den Fehlbedarf bestellt? Es ist in 2016 dreimal so hoch wie im letzten Jahr. Und das heißt: In 2016 kann die Stadt Bersenbrück über 67% der Schuldentilgung nicht aus den laufenden Einnahmen bestreiten, sondern nur über Kredit.

Der Fehlbedarf der Samtgemeinde, der Herrn Uphoff große Sorgen bereitet, liegt mit gut 41% deutlich darunter. Wir Grüne gehen davon aus, dass die CDU-Fraktion in diese Sache unsere Besorgnis für Bersenbrück teilt und sich nicht nur um die Samtgemeinde sorgt.

Bersenbrück kann so nicht weitermachen – sagen wir Grüne nach der Lektüre des Haushalts:

Und das nicht allein wegen des Fehlbedarfs. Die Mehrheitsfraktion begründete ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs seit Jahren immer wieder gleich.

Ich zitiere das *BKR vom 6.12.13* „Das Bersenbrücker Gewerbesteueraufkommen habe sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die CDU werde sich dafür einsetzen, die erfolgreiche Ansiedlungspolitik in den kommenden Jahren fortzusetzen.“

Was war und ist erfolgreich an der Ansiedlungspolitik der letzten Jahre?

Schauen wir auf die Zahlen. Von einer Verdoppelung in 10 Jahren, sprich einer 100%igen Steigerung, kann in Bersenbrück nach den Haushaltszahlen keine Rede sein. Wenn ich mir die Zahlen Gewerbesteuer für den 10-Jahres-Zeitraum 2010 bis 2019 anschau, komme ich gerade einmal auf eine Steigerung von 14%. Es gab zwischen 2003 und 2013 auch eine Vergütungssteigerung von gut 11%, die man ehrlicherweise abziehen müsste.

Und für den 5-Jahreszeitraum 2015 bis 2019 rechnen wir mit einer Steigerung bei der Gewerbesteuer auf knapp 40%. **Aber – und das ist ein ganz entscheidender Faktor: Diese Zahl kommt auch nur zustande, weil ab 2017 bereits eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 Punkte einberechnet wurde.**

Bersenbrücks Haushaltszahlen zwingen dazu, die Frage zu stellen, ob die Stadt aus dem richtigen Weg ist. Bersenbrück investiert seit Jahren massiv in die Gewerbegebiete – und der Schuldenstand der Stadt steigt und steigt.

Was nützt Bersenbrück, was nicht? Wer und was bringt Bersenbrück voran? Was die Gewerbesteuer und auch die Qualität der Arbeitsplätze angeht, steht ein öffentlich-rechtliches Kredit-Institut an der Spitze der „Bringer“. Ein Gewinn für Bersenbrück sind zahlreiche weitere Unternehmen. Von wem profitiert die Stadt am wenigsten bei der Gewerbesteuer und den Arbeitsplätzen? Von den großen Discountern.

Was Kaufland angeht, hat sich so manche Erwartung in Windeseile in Luft aufgelöst. 6 Monate nach Neueröffnung wurden bereit Arbeitsverträge, die auf ein halbes Jahr befristet waren, wieder aufgelöst. Inzwischen ist eine Leiharbeitsfirma eingestiegen. Fakt ist: Von den großen Discountern kommt wenig bis nichts. Das gilt für die Gewerbesteuer wie für die Arbeitsplätze.

Der finanz- und wirtschaftspolitische Kurs der letzten Jahre, das zeigen die Haushaltszahlen, ist kein Erfolgsmodell.

Seit Jahren helfen wir uns im Stadthaushalt über die Runden, indem wir die Häuslebauer über Grundstückverkäufe zahlen lassen, was uns an anderer Stelle – bei den Gewerbegrundstücken – verloren geht.

Wie die Schieflage im Haushalt entstanden ist, ist nicht allzu schwer zu erraten seit Frau Moormann als damalige Kämmerin uns als Ratsmitglieder darüber aufgeklärt hat, wie es über Jahre zu den Außerordentlichen Ausgaben in sechsstelliger Höhen gekommen war. Dies entstand durch den Verkauf von Gewerbegrundstücken zu einem Preis, der unter den Einkaufspreisen plus Erschließungskosten lag. Dass man vor Einführung der kaufmännischen Buchführung im Haushaltsplan buchhalterisch das verschleiern konnte, schützt vor der Erkenntnis nicht, dass man sich als Verantwortlicher im Stadtrat fragen muss, ob solches Handeln verantwortbar ist.

So was heißt Quersubventionierung einzelner durch den einfachen Bürger. Und die ist aus Sicht der Grünen weder sozial noch nachhaltig. 2015 hat der Stadtrat ja bei den Flächenpreisen für Gewerbegrundstücke auf Antrag der Grünen endlich – nach 25 Jahren – nachgebessert – aber das reicht nicht.

Wir sollten abkehren von der Methode, Flächen bevorzugt für bestimmte Investoren zu reservieren, um andere leer ausgehen zu lassen.

Wir sollten damit aufhören, für Einzelinvestoren teure Überquerungen zu finanzieren.

Wir sollten erkennen, dass riesige Supermärkte auf der Grünen Wiese nicht zum Steueraufkommen beitragen, keine hochwertigen Arbeitsplätze bieten und Besseres verdrängen. Sie bedrohen den innerstädtischen Einzelhandel und bescheren der Stadt einen Verlust an Wohnqualität.

Wir brauchen andere Prioritäten. Wir brauchen eine neue Balance. Wir müssen uns auf einen anderen Weg machen.

Für uns Grüne heißt das: Richten wir unser Augenmerk **auch**, aber **nicht länger fast ausschließlich** auf die Gewerbegebiete. Richten wir unser Augenmerk in deutlich stärkerem Maße auf **Erfolgsfaktoren** wie Attraktivität, Lebens- und Aufenthaltsqualität. Und das nicht nur zum Wohl des Einzelhandels im Kerngebiet, sondern zum Wohl aller Bürger.

Da es jetzt um den Haushalt 2016 geht gilt unser Dank dem derzeitigen Kämmerer der Stadt Bersenbrück, Dr. Horst Baier und seinen Mitarbeitern der Stabstelle Finanzen, besonders Frau Hegemann.

Langer Rede kurzer Sinn: Es gibt im Ergebnishaushalt einen ordentlichen Überschuss von über 400.000€ und einen außerordentlichen auch von über 400.000 €. Also etwas Spielraum, um Geld in die Hand zu nehmen.

Wir als Stadt Bersenbrück haben Potential. Wir haben sehr viele Arbeitsplätze, auch gute Arbeitsplätze. Wir haben Bildungseinrichtungen, Schulen, Gericht, Gesundheitsamt, Verwaltungen, Kreditinstitute, wo die Mitarbeiter gut verdienen.

Leider ist festzuhalten, dass die Inhaber dieser Arbeitsplätze zum Großteil ein- und wieder **auspendeln**. Das schlägt sich auch in der Höhe der Einkommenssteuer nieder. Mehr gut Verdienende für Bersenbrück als Wohnort zu begeistern, wäre ein Gewinn für die Kasse der Stadt. Erreichen können wir das durch Kurskorrekturen: zum Beispiel durch eine nachhaltige Investitionspolitik für eine deutliche Erhöhung der Wohn- und Aufenthaltsqualität.

Der innerstädtische Einzelhandel liegt uns Grünen nicht aus Nostalgie am Herzen. Wir Grüne sind der sehr konservativen Meinung, dass inhabergeführter Einzelhandel wichtig ist und aus Gründen der sozialen Marktwirtschaft nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Der Einzelhandel ist ein wichtiger Indikator für Wohnqualität, für intakte Wohnquartiere. – und auch für den Haushalt der Stadt.

Bersenbrücks Haushalt, das zeigen die Zahlen, ist in Besorgnis erregender Weise auf Kante genäht.

Und zwar so sehr, dass sich ein weiter so verbietet.

Nun könnte man entgegnen, dass der Fehlbedarf durch den Kauf neuer Grundstücke entsteht und das Geld wieder reinkommt. Das funktioniert aber nur, wenn man das Geld auch zur Schuldentilgung einsetzt und nicht gleich für neue Erschließungsstraßen wieder ausgibt.

Beispiel Kreuzung im Grunde, die mit `ner Million zu Buche schlägt und die nicht vom Anlieger bezahlt wird, sondern aus dem Steuersack der Stadt. Aus unserer Sicht ohnehin überflüssig.

Bersenbrück ist es wert, neue Wege zu beschreiten. Wir als Bersenbrück können das, wie ich bereits zu Beginn sagte, besser – und wir müssen es besser können.

Für uns Grüne ist der Haushalt 2016 nicht nur in besorgniserregender Weise auf Kante genäht. Er steht auch dafür, dass stur am bislang gefahrenen Kurs festgehalten wird – koste es an Schulden und anderen Konsequenzen, was es wolle. Weil dem so ist, werden wir Grüne diesem Haushalt nicht zustimmen...

Gez. E. Middelschulte